

Ltd. KVD Clasen erklärte, die Verwaltung habe in den vorangegangenen Sitzungen ausführlich über die Situation an den kreiseigenen Förderschulen berichtet, daher wolle er nur auf aktuelle Entwicklungen eingehen.

Für die **Waldschule in Alfter-Witterschlick** mit den Teilstandorten in Rheinbach und in Alfter-Oedekoven, der aus den hinreichend bekannten Gründen möglicherweise bald aufgegeben werden müsse, sei ein Standort in Meckenheim gefunden worden. Die ersten Gespräche mit dem Eigentümer seien positiv verlaufen. Nunmehr sei mit dem Bauamt der Stadt Meckenheim zu klären, welche baulichen Maßnahmen zur Aufnahme des Schulbetriebes zu erfüllen seien. Im Falle eines positiven Abschlusses der Gespräche sei der Teilstandort Meckenheim gegenüber Alfter-Oedekoven zu präferieren, zumal er den Vorteil biete, viele Schüler deutlich wohnortnäher beschulen zu können, was auch zu einer Reduzierung der Kosten beim Schülerspezialverkehr führen könne.

Im rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis würden die Bemühungen um die Errichtung eines Teilstandortes sowohl für die **Richard-Schirrmann-Schule** als auch für die **Rudolf-Dreikurs-Schule** im ehemaligen Internatsgebäude des Bodelschwingh-Gymnasiums in Herchen fortgesetzt. Die Gebäudewirtschaft prüfe im Moment die umfangreichen und kostenintensiven Maßnahmen, die im Falle einer Nutzung dieses Standortes ergriffen werden müssten. Er hoffe im Sinne der Schülerinnen und Schüler auf ein positives Ergebnis, um den Teilstandort Eitorf-Irlenborn in naher Zukunft aufgeben zu können. Es sei allerdings wenig wahrscheinlich, dass dies bereits zum kommenden Schuljahr der Fall sein werde.

SADin Kreitz-Henn erläuterte als zuständige Schulaufsichtsbeamtin die aktuell abgefragten Zahlen der „Quereinsteiger“ in die und aus den Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis. Es sei festzustellen, dass sich die Zahlen in etwa auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr bewegen würden.

*Anmerkung der Verwaltung: Gegenüber der in der Sitzung verteilten Fassung liegt nach Überarbeitung durch die Schulaufsicht, die auf Grund einer fehlerhaften Übermittlung von Zahlen einer Schule vorgenommen werden musste, eine aktualisierte Tabelle der Quereinsteiger vor, die der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt wird. Wie in der Sitzung angekündigt, ist als **Anlage 2** darüber hinaus eine Übersicht der Schülerzahlen aller Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis beigelegt.*

Dezernent Wagner teilte mit, dass in der vergangenen Woche eine Verfügung der Bezirksregierung zur Thematik der Beschulung in den Klassen 5 und 6 an den Primarstufen-Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung eingegangen sei. Darin werde der Rhein-Sieg-Kreis aufgefordert, den aktuellen Sachstand mitzuteilen sowie darzulegen, welche Schritte unternommen worden seien, um zukünftig eine rechtskonforme Lösung sicher zu stellen. Über das weitere Vorgehen sei mit dem Landrat noch keine Abstimmung erfolgt. Das Schulamt tendiere zu einer Antwort, in der zum Ausdruck gebracht werde, dass der Rhein-Sieg-Kreis das seit vielen Jahren praktizierte Verfahren für die pädagogisch sinnvollste Lösung erachte und weiterhin bereit sei, die dafür notwendigen sachlichen und räumlichen Voraussetzungen unter Aufbringung der dafür erforderlichen Finanzmittel zu schaffen. Die Verwaltung habe sich bis zur aktuellen Verfügung der Bezirksregierung an der von Staatssekretär Hecke in einem Schreiben vom 18.04.2017 getroffenen Aussage orientiert, dass nicht abzusehen sei, wann eine rechtskonforme Lösung realisierbar sei und es daher seitens des zuständigen Ministeriums bei einer Duldung der vom Schulträger freiwillig getragenen Verfahrensweise bleibe. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung seit Eingang des erwähnten Schreibens keinen Handlungsbedarf gesehen und werde dies der Bezirksregierung so mitteilen. Im Übrigen sei er weiterhin der Meinung, dass

eine Rechtssicherheit nur auf politischer Ebene und nicht auf Verwaltungsebene herbeigeführt werden könne.

Abg. Becker erklärte, sie habe die Hoffnung gehabt, dass die Problematik durch den Status quo inzwischen kein Thema mehr sei. Sie plädiere weiterhin dafür, dass dieses von allen Seiten als optimale Lösung für die Kinder und die Eltern empfundene Verfahren in diesem Sinne weitergeführt werde.

Die Vorsitzende unterbreitete den Vorschlag, dass der Ausschuss der Verwaltung noch einmal die politische Unterstützung signalisiere, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Sie ließ sodann über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen: